

UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLFART HAMBURGS VERPFLICHTET

Publikumsmagnet
Fraktion im Dialog

**Einigkeit
stärkt**

Seite 2/3



Gericht rüffelt
Bezirksamt

**Recht
gesprachen**

Seite 4



Extremisten und
Islamisten

**Freiheit
bedroht**

Seite 5



Liebe
Hamburger!



Die AfD-Fraktion sitzt nun seit viereinhalb Jahren in der Hamburgischen Bürgerschaft. Seitdem vertreten wir dort bürgerliche Interessen gegen den erbitterten Widerstand der Altparteien, und wir sind gekommen, um zu bleiben.

Dies werden wir bei der Wahl im Februar 2020 eindrucksvoll belegen, was sich aufgrund des stetig wachsenden Zuspruchs von vielen Bürgern unserer Stadt leicht voraussagen lässt.

Dafür spricht auch unsere sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Fraktion im Dialog“, bei der wir bis zu 600 Gäste im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses begrüßen durften. Falls Sie noch nicht dabei waren: Ich lade Sie herzlich ein! Kommen Sie vorbei und kommen Sie mit uns ins Gespräch.

Unser Weg ist richtig und wichtig. Wir sind das Korrektiv zu der falschen Politik der anderen Fraktionen. Dafür sind wir angetreten. Und daran lassen wir uns als AfD-Fraktion messen.

**Detlef Ehlebracht,
Parlamentarischer
Geschäftsführer**

30 Jahre Mauerfall: Tag zum Feiern!

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-437 / Setnik, Bernd / CC-BY-SA 3.0



Mutige Bürger in der DDR brachten unter den Rufen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ das sozialistische SED-Regime zu Fall. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, welche jahrzehntelang unser Land und damit Familien auseinanderriss. Mit dem Mauerfall wurde das Ende des DDR-Unrechtsregimes eingeleitet und das Tor zur deutschen Vereinigung geöffnet.

Hamburg war direkt betroffen, denn tausende Deutsche flohen gen Westen und viele kamen in die Hansestadt. Die Hamburger Behörden errichteten Containerdörfer und charterten mit der ‚Casa Marina‘ und der ‚Marco Polo‘ zwei Wohnschiffe. Geflüchtete DDR-Bürger wurden in Turnhallen, Kasernen und auf Campingplätzen untergebracht.

Für die AfD-Fraktion ist dieser historische Tag ganz klar ein Feiertag! Deshalb be-

antragte die AfD-Fraktion, dass die Bürgerschaft und der Senat am 9. November 2019 einen gemeinsamen Festakt zum Gedenken ausrichten sollten. Der 9. November 1989 ist eine wichtige Wegmarke der deutschen Geschichte und damit ein positiver Bestandteil unserer Erinnerungskultur. An die friedliche Revolution der Deutschen, die zur Wiedervereinigung führte, sollten die Bürgerschaft und der Senat mit einem gemeinsamen und würdevollen Festakt im Rathaus erinnern. Denn der Einheitstag ist ein Freudentag für unsere Stadt!

Die anderen Fraktionen sahen das anders und stimmten mit großer Mehrheit gegen den AfD-Antrag.

Am 9. November wird die AfD-Fraktion einen würdigen Festakt im Rathaus durchführen. Nähere Infos: afd-fraktion-hamburg.de.



Übervoller Großer Festsaal im Hamburger Rathaus: Fast 600 Gäste lauschen den Ausführungen von Dr. Gottfried Curio

AfD-Fraktion im Dialog als Publikumsmagnet

So voll wie selten bei politischen Veranstaltungen (Abendblatt)

„Fraktion im Dialog“ heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Ob mit externen oder internen Referenten, bei dieser Veranstaltung kommen auch die Bürger zu Wort.

Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der frühere Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Journalist Billy Six, die Publizisten Michael Klonovsky und Matthias Matussek, der Journalist Bernd

Kallina, der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Günter Scholdt, der in Israel lebende Journalist Ulrich Sahm, die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie, die israelische Journalistin Orit Arfa, der Mitbegründer der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“ Emanuel Bernhard Krauskopf und der frühere Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Hamburg Frank Neubauer. Ebenso waren die AfD-Politiker Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Dr. Bernd Baumann, Beatrix von Storch, Dr. Gottfried Curio, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Roland Hartwig, Albrecht Glaser, Dr. Bruno Hollnagel, Oberst a. D. Georg Pazderski und Waldemar Herdt im Hamburger Rathaus zu Gast.

AfD-Fraktion im Dialog:

Freitag, 4. Oktober

Dienstag, 15. Oktober

Montag, 11. November

Montag, 9. Dezember

Mittwoch, 8. Januar

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr.
Bitte anmelden unter:

afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

oder unter der Rufnummer

040 / 428 31 2518

Wir nehmen Sie gerne in unseren Verteiler auf und informieren Sie rechtzeitig über Referenten und Themen.

Bitte schreiben Sie uns unter dem Stichwort „Verteiler“ an die obenstehende Mailadresse.



Der Mitbegründer der „Bundesvereinigung Juden in der AfD“ Emanuel Bernhard Krauskopf und die israelische Journalistin Orit Arfa über die Situation der Juden in Deutschland und Europa

Bürgerstimmen zu Fraktion im Dialog

Klaus P.: Ich bin von Anfang an dabei. Einfach klasse, wie sich dieses Format entwickelt hat. Anfänglich im Jahr 2015 saßen wir hier mit 40 Bürgern zusammen. Und heute füllt die AfD-Fraktion den Großen Festaal mit über 500 Personen. Großartig!

Michelle F.: Ich wurde kürzlich über am Boden liegende zerstörte Plakate in der Mönckebergstraße darauf aufmerksam. Es war meine allererste politische Veranstal-

tung und dann auch noch von der AfD! Am Anfang war ich schon ziemlich aufgeregt, aber dann war ich überrascht von den vielen netten Menschen, die fast alle genau in meine Richtung fühlten und dachten. Das war eine große Erleichterung: Endlich nicht mehr allein!

Engin Ö.: Ich sehe die AfD durchaus kritisch, aber man muss sich inhaltlich und thematisch mit ihr auseinandersetzen. Und

das klappt erstaunlich gut, sogar AfD-Kritiker kommen bei Fraktion im Dialog zu Wort. Das finde ich wirklich gut.

Barbara F.: Es ist Balsam für meine Seele. Die Bandbreite an Referenten ist wirklich beeindruckend und die Vorträge sind sehr informativ. Ich gehe jedesmal mit einem guten Gefühl nach Hause. Es bestärkt mich in dem Gefühl: In Hamburg bewegt sich doch noch etwas, und wir werden immer mehr!



Früher Gastgeber und jetzt selbst zu Gast bei Freunden: Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion Dr. Bernd Baumann spricht über „Araber-Clans gegen Deutschland: Kampf der Kulturen“

Schlappe für Bezirksamt Wandsbek: AfD hat ein Recht auf den Bürgersaal

Dirk Nockemann: „Ohrfeige für politische Verwaltungsspitze“

Die AfD darf laut Verwaltungsgericht doch den Bürgersaal Wandsbek nutzen. Die mit der Vermietung des Bürgersaals Wandsbek vom Bezirksamt beauftragte Firma „prima events gmbh“ hatte der AfD die Nutzung des Veranstaltungszentrums verweigert, obwohl dort bereits drei Parteitage ausgerichtet wurden. Begründung: Es sei bei Veranstaltungen ein so hoher „zusätzlicher Aufwand“ entstanden, dass weder Bezirksamt noch die beauftragte Agentur künftige Veranstaltungen annehmen möchten. Von weiteren Anfragen möge die AfD absehen.



Freie Fahrt für Einsatzfahrzeuge und AfD: Die Bürgerpartei darf in den Bürgersaal Wandsbek

In einer AfD-Anfrage verweist der rot-grüne Senat lediglich auf die Begründung der Firma und zeigt damit eine klare Verweigerungsabsicht, die AfD mit anderen Parteien gleich zu behandeln. Allein die Tatsache, dass die linksextremistische Antifa den Zugang zu den Räumlichkeiten für AfD-Mitglieder blockiert und diese nur mit Hilfe der Polizei Zutritt erhalten, kann die Nutzungsverweigerung als „zusätzlichen Aufwand“ nicht rechtfertigen. Gemäß einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1969 liegt hier ein klarer Verstoß gegen gleichheitswidrige und damit rechtswidrige Ungleichbehandlung einer politischen Partei vor. Das Bezirksamt sowie der Senat sind dazu verpflichtet, der AfD dieselben Nutzungsmöglichkeiten des Bürgersaals zu gewähren wie allen anderen Parteien.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Dirk Nockemann macht klar: „Das Bezirksamt Wandsbek und der Betreiber des Bürgersaals haben versucht, der AfD die Nutzung des Bürgersaals rechtswidrig zu versagen. Der Beschluss des Hamburgischen Verwaltungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für die politische Verwaltungsspitze des Bezirksamts, die bewusst geltendes öffentliches Recht verletzt hat und auf diese Weise versucht hat, der AfD die Chancengleichheit zu nehmen.“

Der Vorsitzende Dr. Alexander Wolf ergänzt: „Der Beschluss belegt gleichzeitig, dass die Hamburger Verwaltungsgerichte akkurat arbeiten. Die Unabhängigkeit unserer Gerichte ist ein hohes Gut, das es zu bewahren gilt.“

GÄNGEVIERTEL

Besetzer werden Besitzer

Keine Wohn- und Geschäftsräume und zu wenig Geld? Kein Problem, einfach Häuser besetzen und mit dem rot-grünen Senat zehn Jahre verhandeln. Dann klappt es auch mit den Räumlichkeiten.

Im Sommer 2009 besetzten rund 200 Linke 13 Häuser zwischen Valentinskamp, Caffamacherreihe und Speckstraße. Das Gängeviertel war seit Jahren Spekulation und Verfall preisgegeben. Dann nahmen sich die linken Aktivisten einfach, was ihnen nicht gehörte. Aus der Initiative ‚Komm in die Gänge!‘ bildeten sich die Genossenschaft Gängeviertel eG und der Verein Gängeviertel e. V., die sich um die Verwaltung, Nutzung und Sanierung der historischen Orte kümmern.

Im Juni 2019 einigte sich der rot-grüne Senat nach jahrelangen Verhandlungen mit der Gängeviertel-Genossenschaft und hat damit vermeintlichen Frieden erkaufte. Jetzt gibt es einen Erbbaurechtsvertrag bis zum Jahr 2094. Die Hausbesetzer sind jetzt Hausbesitzer und dürfen die nächsten 75 Jahre bleiben. Die komplette Verantwortung für die Nutzung und Unterhaltung der Gebäude des Gängeviertels wurde auf die Genossenschaft übertragen. Dort sind laut Senat aktuell 68 Personen gemeldet. Laut Medienberichten sollen die Kosten für die Sanierung der Gebäude bei über 25 Millionen Euro liegen.

Für den Hamburger AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist die rot-grüne Scheckbuchpolitik der falsche Weg: „Der Senat hat aus dem katastrophalen G20-Gipfel nichts gelernt. Der Rechtsstaat wird auf diese Weise ad absurdum geführt, wenn kriminelle Hausbesetzer zu legalen Hausbesitzern erklärt werden. Dieser Immobiliendeal mit dem Gängeviertel erinnert stark an die Hafenstraße und die Rote Flora – allesamt zentrale Rückzugsorte für Linksextremisten. Und zahlen darf der brave Bürger.“



Klare Ansage im Gängeviertel: „Keine Politik ohne Revolution!“

Verfassungsschutzbericht zeigt: Steigende Bedrohung durch Linksextremisten und Islamisten

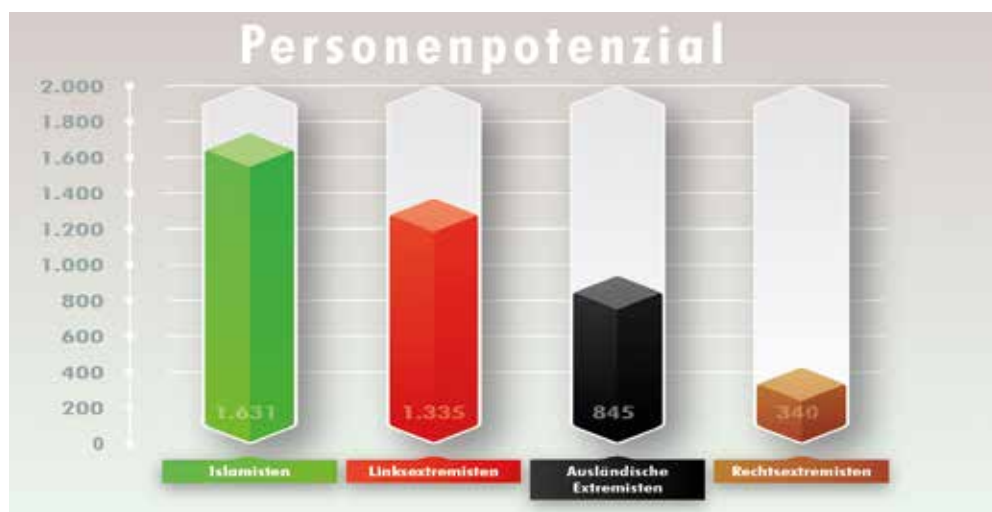
Trotzdem gibt es jetzt eine Spezialeinheit gegen „Rechts“

Der Verfassungsschutzbericht macht deutlich, wie stark vor allem Linksextremisten und Islamisten die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen. Das Personen- und Gewaltpotenzial im Bereich Linksextremismus und Islamismus steigt kräftig an, beim Rechtsextremismus befinden sich die Werte auf einem niedrigen Niveau beziehungsweise auf einem historischen Tiefstand. Trotzdem verstärkt der Verfassungsschutz den Kampf gegen Rechtsextremismus.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann hat das mit der derzeitigen aufgeheizten politischen und medialen Stimmung nach dem schrecklichen Lübcke-Mord in Kassel zu tun: „Das ist purer Aktionismus.“



Das Landesamt für Verfassungsschutz gehört zur Behörde für Inneres und Sport



Zahlenmäßig stellen Rechtsextremisten mit 340 die mit Abstand kleinste Gruppe dar

Der Verfassungsschutz sollte mal seinen eigenen Bericht lesen und sein Handeln danach ausrichten. Denn die Zahlen im Verfassungsschutzbericht und auch die Realität zeigen es ganz eindeutig: Die Prioritäten müssen bei Linksextremisten und Islamisten liegen, denn hierin liegt das größte Gefahrenpotenzial.“

Die Zahlen bei den Gewaltdelikten belegen es: Linksextremisten begingen letztes Jahr 81 Gewaltdelikte, ausländische Extremisten 19 und bei den Rechtsextremisten waren es 11.

Für Innensenator Grote (SPD) ist trotzdem der Rechtsextremismus die größte Bedrohung für den Rechtsstaat. Er räumt dennoch ein, dass die „rechte Szene“ derzeit „eher schwach“ sei. Er kündigte Anfang Juli überraschend an, dass eine Spezialeinheit gegen „rechte Hetze“ im Netz gegründet und



Innensenator Grote verschließt bei Linksextremisten und Islamisten die Augen

fünf neue Mitarbeiter eingestellt würden.

Nach dem G20-Gipfel und der linken Gewaltspirale gibt es jetzt zwei Konsequenzen: Der rot-grüne Senat hat eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten eingeführt und der Verfassungsschutz setzt eine Spezialeinheit gegen „rechte Hetze“ im Netz ein. Linksextremisten haben weiter freie Fahrt.

Für Nockemann ist klar: „Jeder Extremist – egal welcher Couleur – muss mit aller Härte des Rechtsstaats bekämpft werden. Insbesondere der Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus muss intensiviert werden, das sind wir den Bürgern nach dem G20-Gipfel schuldig. Es ist ein untragbarer Zustand, dass Linksextremisten direkt und indirekt vom Steuergeld profitieren und das der Senat einen Staatsvertrag mit Islamisten abgeschlossen hat und weiter daran fest hält. Der rot-grüne Senat muss endlich handeln!“

Fraktion im Dialog: „Wie politisch ist der Verfassungsschutz?“

Bei Fraktion im Dialog am 2. September hinterfragte die AfD-Fraktion die Arbeit des Verfassungsschutzes.

Dr. Roland Hartwig, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, führte in das Thema grundlegend ein und zeigte den rechtlichen Rahmen auf.

Dr. Alexander Wolf betrachtete die Hamburger Situation und kam in seinem mit Humor gespickten Vortrag zum Ergebnis, dass der Verfassungsschutz beim Linksextremismus andere Maßstäbe anlegt als beim Rechtsextremismus.

Sie finden die beiden Reden auf dem Youtube-Kanal der AfD-Fraktion Hamburg.

SPD – (Un)heimliche Medienmacht

SPD-Medienholding ist der achtgrößte Zeitungsverleger

Die SPD ist nicht nur eine Partei, sondern auch eine Medienmacht. Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) mit Sitz in Berlin und Zweigniederlassung in Hamburg befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Sozialdemokraten.

täglichen Gesamtauflage von mehr als 2,3 Millionen Exemplaren und erreicht damit täglich etwa 7 Millionen Leser. Beliefert wird unter anderem auch die Hamburger Morgenpost.

Nach Berechnungen des renommierten Zeitungsforschers Horst Röper ist die ddvg



Die SPD versucht sich nicht nur in der Politik, sondern betreibt auch seit Jahren mehr oder minder transparent verschiedene Medien

Neben der Zeitschrift „Öko-Test“, setzt die ddvg vor allem auf regionale Tageszeitungen, wie die „Neue Westfälische“ mit Sitz in Bielefeld, die zu 100 Prozent der SPD-Medienholding gehört. Zu etwa einem Drittel ist die ddvg an den „Cuxhavener Nachrichten“, der „Niederelbe-Zeitung“, der „Frankenpost“ und der „Sächsischen Zeitung“ beteiligt.

Interessant ist auch die Beteiligung am Medienkonzern Madsack, zu dem zahlreiche Lokalzeitungen wie die „Hannoversche Allgemeine“, die „Leipziger Volkszeitung“ oder die „Kieler Nachrichten“ gehören. Zudem ist die ddvg als größte Kommanditistin am „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ (RND) für überregionale und internationale Inhalte der Madsack Mediengruppe verantwortlich.

Das RND versorgt nach eigenen Angaben mehr als 50 Tageszeitungen mit einer

der achtgrößte Zeitungsverleger Deutschlands. 2018 erzielte die ddvg einen Nettogewinn von 5,5 Millionen Euro.

Der Juso-Chef Kevin Kühnert träumte kürzlich öffentlich von einer Überführung von großen Firmen - namentlich den Autokonzern BMW - in Staatseigentum und forderte: „Ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar.“ Wie genau eine Kollektivierung von statuen gehen soll, ließ er offen.

Für den medienpolitischen Sprecher und Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ist das ein Unding: „Wo SPD drin ist, da sollte auch SPD drauf stehen. Angesichts dessen braucht man sich über eine tendenziöse Berichterstattung nicht mehr zu wundern. Wenn Kevin Kühnert unbedingt Unternehmen kollektivieren möchte, dann sollte er vor der eigenen Türe kehren und die SPD-Medienholding in Staatsbesitz überführen.“

FLUGREISEN VON „KLIMASCHULEN“

AfD fordert Ehrlichkeit

Erst kommt das Fliegen, dann die Moral. Die AfD-Fraktion beantragte Anfang Juni in der Hamburgischen Bürgerschaft, dass Schulen, die sich mit dem Gütesiegel „Klimaschule“ schmücken, künftig auf Klassenreisen mit dem Flugzeug verzichten sollen.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion Hamburg widerspricht es dem hehren Anspruch, eine „Klimaschule“ zu sein, wenn die Schulen beziehungsweise ihre Schüler gleichzeitig Klassenreisen per Flugzeug durchführen.

Mit dem Antrag wollte die AfD-Fraktion den Schülern der „Klimaschulen“ bei diesem Gewissenskonflikt eine Hilfestellung anbieten.

Für den AfD-Fraktionschef und schulpolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf ist wichtig: „Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Reduktion von CO₂-Emissionen vielen Hamburger Schülern ein wichtiges Thema ist. Gerade die Fridays For Future-Aktivistinnen kritisieren Flugreisen als klimaschädlich. Es ist für die junge Generation nun an der Zeit, nicht nur Forderungen an die Politik zu stellen, sondern auch selbst einen nachhaltigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Für das ‚gute Gewissen‘ müssen eben auch Opfer gebracht werden. ‚Nur noch kurz die Welt retten‘ fängt im Alltag an!“

Der Antrag wurde von allen Parteien abgelehnt.



Bitte keine Heuchelei: „Klimaretter“ sollten zukünftig besser auf dem Boden bleiben

Bittere Bilanz: Zwei Jahre nach der linken G20-Gewalt

Dirk Nockemann: „Rote Flora muss geschlossen werden!“



Im Schanzenviertel nichts Neues: Linksextremisten residieren wie gewohnt in der Roten Flora

Beim G20-Gipfel vor über zwei Jahren versetzten linke Gewalttäter ganz Hamburg in Angst und Schrecken. Es herrschte Chaos und Anarchie, das staatliche Gewaltmonopol wurde außer Kraft gesetzt. Über 1.200 Verdächtige wurden identifiziert, aber nur knapp ein Dutzend wurde zu Haftstrafen verurteilt.

Die Rote Flora – seit 2014 im Besitz der SPD-nahen Lawaetz-Stiftung, die wiederum zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger gehört – ist immer noch der wichtigste Dreh- und Angelpunkt der Linksextremisten. Laut Verfassungsschutz fungierte die Rote Flora beim G20-Gipfel für anreisende Protestteilnehmer als Rückzugsraum, Informations- und Sammelpunkt sowie Versorgungsstation.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist die Rote Flora eine Art ideeller und räumlicher Bezugsrahmen für die gesamte autonome Szene und fest in deren Hand. Insgesamt gibt es in Hamburg über 1.335 Linksextremisten, davon sind 935 Personen gewaltorientiert.

Der rot-grüne Senat musste auf eine Anfrage der AfD-Fraktion zugeben, dass ein Großteil der tatverdächtigen G20-Gewalttäter aus Hamburg und Umgebung

kam. Über 60 Prozent der Tatverdächtigen kamen aus den nördlichen Bundesländern und davon sind 46 Prozent aus Hamburg. Direkt nach den verheerenden Ausschreitungen setzten vornehmlich linke Politiker das Märchen in die Welt, dass viele Gewalttäter nur zugereist seien.

Nach Ansicht des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann beweisen die Zahlen, dass die fatalen G20-Ausschreitungen ein hausgemachtes Problem sind, aber der rot-grüne Senat handelt trotzdem nicht und tut viel zu wenig im Kampf gegen Linksextremismus: „Zwei Jahre nach der linken G20-Gewalt hat sich nicht viel verändert. Linksextremisten fühlen sich nach wie vor pudelwohl in unserer Hansestadt und es hat sich – trotz vollmundiger Versprechungen des Senates – für sie gar nichts geändert. Aber dafür gelten jetzt neue Regeln für die Polizei, die sich jetzt einer Kennzeichnungspflicht unterwerfen muss. Und der Verfassungsschutz kämpft jetzt verstärkt gegen den Rechtsextremismus. Ich fordere endlich Konsequenzen für die linksextremistische Szene in Hamburg und wir als AfD-Fraktion bleiben dabei: Die Rote Flora muss geschlossen werden!“

LINKSEXTREMISMUS

Schülerdemos unterwandert?

Linksextreme Gruppierungen wie „Antifa Altona Ost“ (AAO) und „Interventionistische Linke“ (IL), die beide vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wollten die für mehr Klimaschutz eintretende Schülerprotestbewegung Fridays For Future (FFF) unterwandern.

Anfang 2019 nutzten Protagonisten der IL eine FFF-Demonstration, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes als Kampagne „Ende Gelände Hamburg“ teilzunehmen und zum „globalen Klimaaktionstag“ aufzurufen. Bei „Ende Gelände“ handelt es sich um eine seit 2015 agierende Anti-Kohle-Bewegung, die aufgrund linksextremer Positionen ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Ziel solcher Gruppierungen sei es, mit anschlussfähigen Themen wie beispielsweise dem Klimaschutz, in bürgerliche Schichten vorzudringen, so der Verfassungsschutz. Die große Resonanz der FFF-Bewegung diene zudem der Vernetzung und Rekrutierung junger Menschen mit linksextremen Positionen im demokratischen Gewand.

Im aktuellen Hamburger Verfassungs-



Greta Thunberg mit Anhängerschaft am 1. März in Hamburg

schutzbericht heißt es dazu: „Das offensichtliche Ziel der IL, von der momentanen Strahlkraft einer nichtextremistischen Kampagne wie „Fridays For Future“ zu profitieren, schlug zwar insofern fehl, unterstreicht indes nachdrücklich die Vereinnahmungsversuche der Linksextremisten.“

Einigung zum „Schulfrieden“? Kleine Schritte in die richtige Richtung

Ein Kommentar von Dr. Alexander Wolf

Kürzlich berichtete die Presse über eine Einigung zwischen den Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP über eine Verlängerung des sogenannten Schulfriedens. CDU und FDP hätten einiges bei den Verhandlungen mit den Regierungsfraktionen erreicht. Wenn man genauer hinschaut, bleibt wenig.

der Alternative einer äußeren Differenzierung, das heißt Teilung der Klassen in einem Fach in zwei Gruppen nach Leistung, jedenfalls an größeren Stadtteilschulen. Was davon umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Und so erweist sich das „große Entgegenkommen“ von Rot-Grün beim näheren



Zunächst: Es ist sicherlich kein Ausweis von „Pluralität“, die Gespräche zur Verlängerung des „Schulfriedens“ ohne Beteiligung einzelner Oppositionsfraktionen zu führen – wir, die AfD, wurden gar nicht erst gefragt.

Aber schauen wir uns die „Errungenschaften“ der Einigung an – die Presse berichtete von einem „deutlichen Entgegenkommen von Rot-Grün an die Opposition“: Manches geht, auf den ersten Blick, durchaus in die richtige Richtung. Dazu gehört eine stärkere Ausrichtung des Unterrichts an fachlichen Inhalten, anstatt einseitig auf Kompetenzen zu setzen, eine Wiedereinführung des Sitzenbleibens oder die stärkere äußere Differenzierung in den Stadtteilschulen.

Das sind allesamt Forderungen, die wir als AfD-Fraktion in dieser Legislatur mit zahlreichen Anträgen in die Bürgerschaft eingebracht haben. Beim genauen Hinschauen jedoch, steht das meiste unter Vorbehalt oder greift zu kurz.

Die Klassenstärke an den Gymnasien soll verringert werden, vorausgesetzt die Raumsituation lässt es zu. Mit diesem Vorbehalt lässt sich vieles aushebeln.

Auch das linke Dogma der „Binnendifferenzierung“ – nach Art der Volksschulen im 18. und 19. Jahrhundert unterrichtet ein Lehrer Schüler unterschiedlicher Leistungsstärke und -bereitschaft – wird ein Stück weit angegangen. Man spricht von

Hinschauen als Augenwischerei. Und warum das Ganze? Rot-Grün erkaufte damit von Schwarz-Gelb einen Verzicht auf eine Rückkehr zu G9 an den Gymnasien – eine Forderung, die in Schleswig-Holstein maßgeblich zum Erfolg von CDU und FDP bei den letzten Landtagswahlen beitrug. G9 ist an Schleswig-Holsteins Gymnasien inzwischen wieder der Normalfall.

Aber in Hamburg soll dieser Wunsch von Eltern offenbar ausgeklammert werden. Mit einer solchen Politik hat schon einmal ein Hamburger Senat (damals Schwarz-Grün) eine Bauchlandung erlebt: Primarschul-Weinberg läßt grüßen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass G9 dem Wunsch vieler Eltern und Schüler entspricht – aus mehreren Gründen: Es läßt mehr Zeit für nachhaltiges Lernen. Die Schulzeit wird etwas entspannter und weniger stressig, die Schule kann früher enden, so daß mehr Zeit für eigenverantwortliche Freizeitgestaltung am Nachmittag bleibt und nicht der Großteil des Tages verplant ist. Das läßt wiederum mehr Zeit für Sport, Musik und anderes am Nachmittag zu.

Wir werden uns in der Bürgerschaft und im Wahlkampf für die Wiedereinführung von G9 stark machen – nicht zwingend für alle und sofort, aber als Wahlmöglichkeit. Dann können sich Gymnasien für G8 oder G9 entscheiden und Schüler und Eltern die passende Schule wählen.

STARKER ANSTIEG

Gewalt gegen Ärzte und Pfleger

Aus einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten, Harald Feineis, geht hervor, dass es in Hamburgs Krankenhäusern immer häufiger zu Angriffen von Patienten und Angehörigen auf das Krankenhauspersonal kommt. Allein in der Asklepios Klinik Nord stiegen die Gewalttaten von 32 (2017) auf 101 (2018) – und bereits im ersten Halbjahr 2019 gab es 82 gewalttätige Vorfälle.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Harald Feineis, betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge: „Gewalt gegen Helfer und Retter ist besonders perfide und abstoßend. Der Senat muss hier sofort und deutlich mehr leisten, um dem Krankenhauspersonal Schutz und Sicherheit zu gewährleisten. Unsere Helfer dürfen nicht im Stich gelassen werden.“

HOHER AUSLÄNDERANTEIL

Gewalt in Wilhelmsburg

In einer Kleinen Anfrage beleuchtet der AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann die Gewaltkriminalität und das soziale Klima in Wilhelmsburg. Demzufolge beträgt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an der Gewaltkriminalität in den letzten drei Jahren in Wilhelmsburg über 50 und teilweise mehr als 60 Prozent. Der Migrationshintergrund der Tatverdächtigen mit deutscher Staatsbürgerschaft wird gar nicht erst erfasst. Der Fraktionschef und innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann, betrachtet dies mit großer Sorge: „Erschreckend ist der hohe Ausländeranteil an der Gewaltkriminalität. Diese Fakten unterstreichen die AfD-Forderung, dass der Senat in der Pflicht steht, alle rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen und kriminelle Migranten konsequent abzuschieben. Ohne die AfD würden diese Zustände vertuscht und verharmlost. In Hamburg darf es keine Parallelgesellschaften und keine Angsträume geben. Nur dann werden wir uns in unserer Stadt sicher fühlen können.“

Hartz IV abschaffen!

Ein Kommentar von Harald Feineis



Zehntausende finden sich oft in sinnlosen Qualifizierungsmaßnahmen wieder. Gleichzeitig werden Menschen, die eventuell jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, extrem benachteiligt. Wie der Staat Langzeitarbeitslosen wirklich helfen könnte, beschreibt der AfD-Bürgerchaftsabgeordnete Harald Feineis.

Er war 52 und gelernter Diplom-Ingenieur. Nun saß er vor mir. Sehr verzweifelt, weil er beruflich kein Bein auf die Erde bekam. Nach Arbeitslosengeld I, erhielt er jetzt Hartz IV. Neben dem finanziellen „Abstieg“ für ihn auch ein Prestigeverlust, denn nach sechs Monaten, als Hartz-IV-Bezieher, sollte er nun alle Jobs annehmen, die ihm angeboten wurden. Auch als Ingenieur hatte er sich jetzt für einen Job als Lagerarbeiter nicht zu schade zu sein.

16 Jahre habe ich als Arbeits- und Personalvermittler gearbeitet und dabei mehr als 12.000 Gespräche mit Arbeitssuchenden geführt. Der Diplom-Ingenieur war kein Einzelfall. Was würde ihm und anderen Menschen in ähnlich schlimmer Lage geholfen haben? Sicherlich, ein deutlich längeres Arbeitslosengeld I, das abhängig von der Lebensarbeitszeit ausbezahlt wird. Es könnte nach zwei Jahren in Hartz IV münden. Wäre dann immer noch kein Job gefunden, ließe sich ein möglicher Arbeitgeber eventuell mit einer hohen und langfristigen Eingliederungshilfe überzeugen, dem Mann eine Chance zu geben. Fragwürdige Qualifizierungsmaßnahmen, die nur den Trägern helfen, Geld zu verdienen, tun dies jedenfalls nicht. Trotzdem finden sich derzeit jährlich zehntausende Arbeitssuchende in solchen sinnlosen Kursen wieder. Ein Skandal! Vor allem, wenn man bedenkt, um welche Größenordnungen es geht. 2017 bezogen, laut statistischem Landesamt, beispielsweise allein in Hamburg 193.000 Menschen Arbeitslosengeld II, also Hartz IV.

Das muss sich ändern. Hartz IV, so wie es ist, gehört abgeschafft. Die AfD möchte dies jedoch nicht zu Lasten einer links-grünen Umverteilung tun. Auf jeden Fall aber sollte das Arbeitslosengeld I länger gezahlt

werden und zwar unter Berücksichtigung der vorherigen Beschäftigungsdauer. Es kann nicht sein, dass beispielsweise ein Mechaniker, der 30 Jahre gearbeitet und in die Sozialkassen eingezahlt hat, nach einem Jahr ins Arbeitslosengeld II (Hartz IV) rutscht. Es kann auch nicht sein, dass er damit die gleichen Leistungen erhält wie ein Arbeitsloser, der überhaupt noch nicht oder nur für kurze Zeit Beiträge an die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es kann weiter auch nicht sein, dass ein Arbeitsvermittler oder eine Integrationsfachkraft beim Jobcenter bis zu 300 Arbeitssuchende in Vollzeit betreuen muss. Auch sollten die Fachkräfte der Jobcenter im Rahmen eines Fallmanager-Trainings weiter geschult werden, um eine nachhaltigere Beratung gewährleisten zu können. Denn eine schnelle Vermittlung in nur eine Maßnahme kann nicht das eigentliche Ziel sein. Es geht um Integration in Arbeit. Da steht der oftmals hoffnungslose Mensch im Mittelpunkt und nicht nur die Vermittlungszahlen. (Viele haben sich bis zu 150 mal beworben, jedoch immer nur Absagen erhalten).

Ein Grundproblem bei Hartz IV ist auch, dass ein Großteil der eigenen Ersparnisse aufgebraucht werden muss, um es zu erhalten. Möglicherweise wurde das Geld aber vorher mühsam angespart, um sich ein menschenwürdiges Leben im Alter zu sichern. Diese Menschen darf man nicht zusätzlich bestrafen. Es muss also auch ein höheres Schonvermögen geben.

Weiter ist die AfD aber auch absolut gegen die Entwürfe der links-grünen Sozialromantiker, die ein Grundeinkommen für alle anstreben, ohne dass von denen je ein Cent Sozialbeitrag bezahlt wurde. Das wäre ein fatales Signal an alle, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen, um sich hier in die soziale Hängematte zu legen. Fordern und Fördern muss auch weiterhin in einer Leistungsgesellschaft gelten, ganz egal, ob es weiterhin die bekannten Jobcenter gibt oder neue Strukturen gefunden werden.

PHÄNOMEN ‚LOVERBOYS‘

AfD fordert Aufklärung

Die AfD-Fraktion beantragte in der Bürgerschaft, dass Kinder und junge Mädchen über die sogenannte ‚Loveboy‘-Methode aufgeklärt werden.

‚Loveboys‘ sind junge Männer, die Mädchen und teilweise Kinder im Alter ab 11 Jahren mit Liebe und Zuneigung ködern, aber dann in die Prostitution zwingen. Meist machen sie anfänglich großzügige Geschenke und stellen eine emotionale Abhängigkeit her. Sie suchen ihre Opfer vor Schulen, im Nahbereich von jugendlichen Treffpunkten oder im Internet.

Der sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Harald Feineis sieht unbedingt Handlungsbedarf: „Loveboys“ gehen perfide und menschenverachtend mit psychologischen Tricks vor, um Kinder und junge Mädchen in die Prostitution zu zwingen. Es beginnt für die Opfer mit einer scheinbar perfekten Liebesromanz, aber es endet in einem emotionalen Abhängigkeitsverhältnis - oft mit Gewalt. Der rot-grüne Senat steht in der Verantwortung und in der Pflicht, alle Maßnahmen zur Aufklärung und zum Schutz unserer Kinder zu ergreifen, um zu verhindern, dass sie in die Falle der abscheulichen Menschenhändler tappen. Die Schulen und Jugendeinrichtungen müssen daher alle nötigen Ressourcen erhalten, um über die ausgeklügelte ‚Loveboy‘-Masche zu informieren und aufzuklären. Es geht um den Schutz unserer Kinder!“

Der Antrag wurde abgelehnt.



‚Loveboy‘-Masche: Erst Liebe und dann Prügel

Neuregelung der Grundsteuer

Kommentar der finanzpolitischen Sprecherin Andrea Oelschläger

Bis zum 31. Dezember 2019 wird der Bundestag eine Neuregelung der Grundsteuer beschließen und das Grundgesetz zugunsten einer Öffnungsklausel ändern. Das Bundesverfassungsgericht hat die derzeitige Regelung aufgrund unterschiedlicher Behandlung gleichartiger Grundstücke zum Beispiel in West und Ost für verfassungswidrig erklärt.

1.1.2020 nicht mehr erhoben werden. Liegt ein Gesetz vor, so gilt die alte Regelung Übergangsweise weiter bis zum 31.12.2024. Darauf haben sich Bund und Länder jetzt verständigt. Sinn macht es für Hamburg nicht, denn Mieten und Bodenpreise werden einbezogen und führen so teilweise zu absurd hohen Ergebnissen.

Auch ist nicht erklärbar, warum die Mie-



Nichts Genaues weiß man nicht: Wie geht es weiter mit der Grundsteuer?

Die Bedürfnisse der 11.054 Gemeinden in 16 Bundesländern bei der Neubewertung unter einen Hut zu bekommen, ist jedoch fast nicht möglich. Einig sind sich die Gemeinden nur, dass ein Verzicht auf fast 15 Milliarden Euro jährlich nicht infrage kommt.

Nahezu alle Parteien möchten darauf verzichten, dass die Grundsteuer ein Wahlkampfthema wird: Denn eine Partei, die ohne Gegenfinanzierung für die Gemeinden die Grundsteuer abschaffen möchte, verstößt gegen das Grundgesetz und wer behauptet, mit dem neuen Gesetz bliebe alles beim Alten, der lügt.

Das Verfassungsgericht hat auch entschieden, dass ein Gesetz zur Neuregelung bis zum 31.12.2019 beschlossen werden muss, sonst darf die Grundsteuer ab

ter einer Wohnungsbaugenossenschaft eine Vergünstigung bei der Grundsteuer erhalten und die Mieter auf dem identischen Grundstück in privater Hand (möglichweise sogar mit niedrigeren Mieten) eine höhere Grundsteuer zahlen müssen.

Aber es geht den politischen Akteuren im Bundesrat und Bundestag auch noch gar nicht um Sinn oder Unsinn. Man rettet sich erst mal über die Zeit und hat dann weitere vier Jahre, um ein sinnvolles Gesetz zu erlassen. Und wenn das nicht klappt, dann gibt es ja immer noch die Öffnungsklausel und jedes Bundesland darf sich selbst ein Gesetz ausdenken.

Ein derartiger Murks ist in der Steuergesetzgebung unseres Landes leider immer wieder an der Tagesordnung. Der Steuerzahler hat das nicht verdient.

AFD-FRAKTION FORDERT:

Rentner-Rabatt beim HVV

Immer mehr Senioren können nicht mehr von ihrer Rente leben. Das Tarifsystem des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) bietet für sie bislang keinen Seniorenrabatt auf Tages- und Einzelkarten an.

Das wollte die AfD-Fraktion ändern und forderte, ob und in welcher Höhe das HVV-Tarifsystem dahingehend angepasst werden kann, einen Seniorenrabatt auf Tages- und Einzelkarten einzuführen.

Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Detlef Ehlebracht dazu: „Mobilität ist Teilhabe! Altersarmut darf nicht dazu führen, dass Senioren davon ausgeschlossen werden. Gerade für ältere Menschen muss die Möglichkeit der bezahlbaren Mobilität gewährleistet sein. Hier muss der HVV besser werden“.

Der AfD-Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Dazu passt, dass die AfD bereits im März 2018 forderte, die zeitliche Einschränkung der Seniorenkarte zu verringern. Dies haben ebenfalls alle Fraktionen abgelehnt. Im Februar 2019 bringt die SPD einen Antrag gleicher Intention ein. Der Antrag wird angenommen.



Einsteigen bitte! Die AfD-Fraktion fordert die Einführung des Rentner-Rabatts beim HVV

Schulbehörde stoppt Diskriminierung von AfD'ern

Agentur „Lernzeit“ zahlt Lehrgeld in Sachen Demokratie

Eine Hamburger Personalagentur, die vor allem Fachkräfte in der Ganztagsbetreuung an Schulen und Kitas einsetzt, vermittelte keine AfD-Mitglieder. Die Agentur hatte eine Klausel in den Verträgen mit den Honorarkräften, in der es unter dem Punkt „Krankheiten, Vorstrafen, Mitgliedschaften“ hieß: „Der KL (Kursleiter, Anm. d. Red.) erklärt, dass er keiner antidemokratischen Organisation (NPD, AfD, AKP u. ä.) oder einer Sekte (Scientology u. ä.) angehört.“

Der Geschäftsführer der „Lernzeit Schulpersonal-Service GmbH“ Wolfhard Westphal begründete diese Klausel damit, dass für ihn die AfD eine im Kern fremdenfeindliche Partei sei. „Nahezu die Hälfte der Schüler in Hamburg hat einen Migrationshintergrund. Deshalb wollen wir als Personalagentur AfD-Mitglieder nicht auf die Hamburger Schülerschaft loslassen.“

Der AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf bekam einen Hinweis über das Infoportal „Neutrale Schulen Hamburg“ und stellte eine kleine Anfrage an den Senat, der erst durch Wolfs Hinweis auf die Klausel aufmerksam wurde. Daraus geht unter anderem hervor, dass von allgemeinbildenden Schulen, mit denen Kooperationsverträge bestehen, im Schuljahr 2017/18 Kosten in Höhe von 550.000 Euro verursacht wurden. Die Hamburger Schulbehörde folgte Wolfs Argumentation und stoppte

die Anti-AfD-Klausel, denn sie sei unvereinbar mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Auf Drängen der Schulbehörde sicherte die Personalagentur zu, die Anti-AfD-Klausel zukünftig nicht weiter zu verwenden.

Für AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ein weiterer Beleg dafür, wie wichtig das Informationsportal „Neutrale Schulen Hamburg“ ist. Er begrüßte das konsequente und rechtssichere Vorgehen von Schulsenator Ties Rabe (SPD), um eine weitere Diskriminierung von AfD-Mitgliedern an Hamburger Schulen zu stoppen: „Gesinnungsschnüffelei darf in einer freiheitlichen Demokratie niemals einen Platz haben. Einmal mehr zeigt sich, dass unser Infoportal dazu beiträgt, grobe Missstände aufzudecken und diese – ganz ohne ein Anprangern von Lehrern oder anderen Personen – zu beseitigen.“

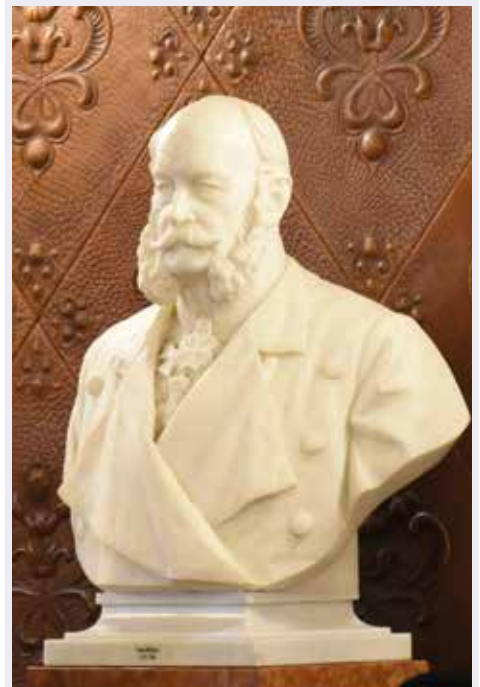


Rabe regelt: Der Schulsenator kassierte eine AfD-diskriminierende Klausel

LINKSFRAKTION FORDERT:

Kaisersaal um- benennen

Die Fraktion DIE LINKE fordert in einem Antrag, dass der Kaisersaal im Hamburger Rathaus in „Republikanischer Saal“ umbenannt wird. Sie argumentiert mit einer Dominanz der teilweise nationalistisch aufgeladenen Gemälde sowie dem Bürger- und Kaufmannstum. Der zweitgrößte Saal sei ausgerechnet dem deutschen Kaiser gewidmet.



Stein des Anstoßes der Linken: Die Büste von Kaiser Wilhelm I.

Wie kam es zum Kaisersaal im Hamburger Rathaus, der seit 124 Jahren so heißt? Der Raum ist der zweitgrößte im Rathaus und erhielt seinen Namen 1895, zwei Jahre vor der Fertigstellung des Rathauses, als Kaiser-Wilhelm II., der in diesem Saal die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals (bis 1948 übrigens Kaiser-Wilhelm-Kanal) feierte. Die Büste erinnert an seinen Großvater Kaiser Wilhelm I.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Dirk Nockemann ist gegen die Umbenennung und wirft den Linken Geschichtsklitterung vor: „Die Linken wollen am liebsten die deutsche Geschichte in ihrem Sinne umschreiben. Wir stehen zu unserer hamburgischen Geschichte und natürlich auch zu unserem altherwürdigen und traditionsträchtigen Kaisersaal!“



Dr. Alexander Wolf

FRAKTIONSvorsitzender

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kulturausschuss

 afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

 facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

Dirk Nockemann

FRAKTIONSvorsitzender

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Justizausschuss, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Wissenschaftsausschuss

 afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

 facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/



Detlef Ehlebracht

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

 afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/

 facebook.com/Detlef.Ehlebracht.AfD/

Andrea Oelschläger

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen, Haushaltsausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

 afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/

 facebook.com/Andrea-Oelschläger



Harald Feineis

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

 afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/

Peter Lorkowski

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, Eingabenausschuss, Sportausschuss, Härtefallkommission

 afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/



AfD-Fraktion fordert feste Stellplätze für E-Roller

Detlef Ehlebracht: „Rollermikado beenden!“

In Hamburg sind derzeit knapp 3.000 Miet-E-Roller im Einsatz - Tendenz steigend. Hierfür existieren bislang keine festen Abstellplätze, was aus Bürgersteigen oftmals Hindernisparcours macht. Deshalb beantragt die AfD-Fraktion, dass E-Roller-Anbieter stationäre Leih- und Rückgabestationen einrichten, damit das Parkchaos bei E-Rollern ein Ende hat.

Verkehrswende auch nicht bei. „Los Angeles zeigt mit einer Parkzone für E-Roller, wie man die Ordnung wiederherstellen kann.“, so der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Detlef Ehlebracht.

Die Linksfraktion macht weiter Anti-Autofahrerpolitik und beantragte sogar, dass Abstellflächen für E-Roller vorrangig auf Autoparkplätzen geschaffen werden sollen.



Stolperfallen auf dem Bürgersteig: Immer mehr E-Roller werden wild abgestellt

Auch wenn bei Einführung neuer Verkehrsmittel eine gewisse Gelassenheit angebracht ist, darf die Verkehrssicherheit zu keinem Zeitpunkt vernachlässigt werden, schon gar nicht für den schwächsten Verkehrsteilnehmer, den Fußgänger. Die AfD steht neuen Ideen offen gegenüber, aber alles braucht Rahmenbedingungen.

Der Fußgänger, jetzt schon durch manchmal rücksichtslose Skater, Fahrradfahrer oder Rollerfahrer gefährdet, wird dies nun zusätzlich durch wild abgestellte E-Roller. Zu einem halbwegs geordneten Stadtbild tragen die kreuz und quer abgestellten Träger der

Demzufolge würden tausende E-Roller das PKW-Parkplatzproblem eklatant verschärfen.

Und die CDU-Fraktion? Die fand den AfD-Antrag so gut, dass sie diesen eine Woche später kopierte, umformulierte, wobei er inhaltlich immer noch dem AfD-Antrag entsprach. Carsten Ovens (CDU) warf der AfD-Fraktion dann puren Populismus vor und betonte die qualitativ gute Arbeit der CDU. Es war einmal eine Volkspartei...

Der AfD-Antrag wurde von allen Bürgerchaftsfraktionen abgelehnt, der CDU-Antrag an den Ausschuss überwiesen. Das System der Altparteien funktioniert!

AFD-FRAKTION KLART AUF!

Neustart Islam-Portal

Seit Jahren halten die Ausprägungsformen des politischen Islam die Hamburger Innenbehörde in Atem. Ob eine rasant wachsende Zahl Salafisten, die ausschweifenden Aktivitäten extremistischer Moscheen, ein offen gelebter Antisemitismus oder ein Staatsvertrag, der längst zum Opfer des Mythos seiner eigenen Bedeutung geworden ist: In all diesen Bereichen operiert der Senat mit den falschen Konzepten. Die Folgen dieser fehlgeleiteten Politik könnten drastischer kaum sein und sind längst unübersehbar geworden.

Die am Steindamm gelegene Al-Quds-Moschee, in der sich einst die Terrorzelle des 11. September 2001 um Mohammed Atta gebildet hatte, wurde erst am 9. August 2010 mit einer vereinsrechtlichen Verbotsverfügung belegt und geschlossen. Diese Maßnahme kam neun Jahre zu spät und konnte nicht verhindern, dass aus dem unsäglichen Moscheeverein längst eine Pilgerstätte für Islamisten aus ganz Europa geworden war.

2012 ist auch das Jahr, in welchem die Bürgerschaft ihren bisher schwerwiegendsten politischen Fehler begangen hat: Anstatt radikale Moscheen mit offenem Visier zu bekämpfen, die damals bereits seit Jahren unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes standen, hat er als erste Landesregierung einen Staatsvertrag mit „muslimischen Glaubensgemeinschaften“ geschlossen, bei denen es sich allerdings bloß um eingetragene Vereine handelt.

Um die Öffentlichkeit fortan regelmäßig über die akuten Missstände der Hamburger Islampolitik zu informieren und deren Mängel in aller Deutlichkeit zu benennen, hat die AfD-Fraktion Hamburg den Islamspiegel ins Leben gerufen. Auf diesem Portal können ab sofort die wichtigsten Meldungen für Hamburg gefunden sowie die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion mit einem Islambezug nachvollzogen werden.

 islamspiegel-hamburg.de

Zahlen statt Worte



1.335

LINKSEXTREMISTEN

gibt es in Hamburg. Davon sind 935 gewaltorientiert.

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2018



17

Grad Celsius betrug Hamburgs MITTLERE LUFTTEMPERATUR im Juli 2017. Im Juli 2010 lag sie bei 21,1 Grad Celsius.

Quelle: Deutscher Wetterdienst



205

Kilometer beträgt die LANDESGRENZE (ohne die Insel Neuwerk), davon grenzen 126 Kilometer an Schleswig-Holstein und 79 an Niedersachsen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch Hamburg 2018/19



220

Anläufe von KREUZFAHRTSCHIFFEN verzeichnete der Hamburger HAFEN 2018. 915.000 Passagiere kamen dadurch in die Hansestadt.

Quelle: Statistisches Bundesamt



67

JUNGSTÖRCHEN wurden von 28 Paaren aufgezogen. Damit ist das gute Vorjahresergebnis mit 23 Paaren und 59 Jungstörchen übertroffen worden.

Quelle: NABU Hamburg



68.092

TATVERDÄCHTIGE wurden 2018 ermittelt.

Davon waren 31.147 NICHTDEUTSCHE und 36.945 DEUTSCHE. Die Herkunft und der Migrationshintergrund der deutschen Staatsbürger wird statistisch nicht erfasst.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2018

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

Hamburg 1 (02.09.2019): Mitteldeutschland: Grüne zufrieden mit Wahlen

Für den Vorsitzenden der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, zeigt die erste Prognose ganz klar: „Wir sind eine Volkspartei und die AfD ist nicht mehr aus der Parteienlandschaft wegzudenken.“ Diesen Rückenwind nehme seine Partei mit nach Thüringen zur nächsten Landtagswahl Ende Oktober, „um dann im Februar in unserer Hansestadt ein ordentliches Ergebnis einzufahren“.

+++

Hamburger Abendblatt (28.08.2019): Was dürfen HVV-Tickets kosten? Der große Streit

Andrea Oelschläger (AfD) sagte, ihre Partei wolle nicht in den Wettbewerb über die größten Preisnachlässe einsteigen. Der Kostendeckungsgrad des HVV liege schon jetzt bei nur 70 Prozent. Stattdessen forderte sie mehr Sicherheit, Sauberkeit und Komfort: „Niemand fährt gern wie eine Ölsardine durch die Gegend, und hin und wieder ein Sitzplatz wäre auch nett.“ Der CDU warf sie vor, dass in deren Regierungszeit die HVV-Erhöhlungen fast immer weit über der Inflationsrate gelegen hätten.

+++

Hamburger Abendblatt (28.08.2019): Abstellen von Elektrorollern: AfD fordert feste Stationen

Gut zwei Monate nach der Zulassung von Elektro-Tretrollern in Deutschland hat die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft feste Abstellplätze gefordert. Die neuen Verkehrsmittel würden völlig gedankenlos abgelegt und seien auf den Bürgersteigen erhebliche Hindernisse, kritisierte Fraktionschef Dirk Nockemann am Mittwoch im Parlament. Es herrsche Chaos. „Das ist eine Situation, die keiner haben wollte.“

+++

NDR (14.08.2019): Bürgerschaft debatiert über Schulfrieden

Es sei „nicht sonderlich demokratisch“, dass Rot-Grün die Verhandlungen nur mit CDU und FDP, nicht aber mit AfD und Linken geführt hätten, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf am Mittwoch in der Bürgerschaft.

Die AfD kündigte an, sie wolle die Wiedereinführung von G9 zum Thema im Bürgerschaftswahlkampf machen. „Zumindest eine Wahlmöglichkeit, zu G9 zurückzukehren, halten wir für unerlässlich“, sagte Wolf.

+++

Hamburger Abendblatt (10.08.2019): Grüne wollen Hamburgs City autofrei machen

AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht hält ebenfalls eine flächendeckende Lösung für falsch, „partielle Sperrungen“, etwa am Neuen Wall, allerdings für denkbar.

+++

Welt (28.07.2019): Mehr Drogendelikte an Hamburger Schulen

Die Polizei muss in Hamburg häufiger wegen Drogendelikten in Schulen ermitteln. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Harald Feineis hervor.

+++

Bild (23.07.2019): Wie sicher sind unsere Schwimmbäder?

Eine kleine Anfrage des AfD-Bürgerschaftsabgeordneten Peter Lorkowski zeigt: Es könnte besser sein! So gab es in diesem Jahr (Stand: 15. Juli) 28 Einsätze wegen Streitigkeiten zwischen Gästen (2018: 33), 18 in Sachen Diebstahl (2018: 66 Einsätze), 11 aufgrund von Belästigungen (2018: 21) und 6 Polizei-Einsätze aus diversen Gründen, wie beispielsweise Drogendelikten oder Vandalismus (2018: 19). Gut: Bäderland setzt in drei Hallenbädern und sechs Freibädern private Sicherheitsdienste ein. Die Kosten dafür betrugen bereits im ersten Halbjahr 51.000 Euro.

+++

Welt (10.07.2019): Keine Genehmigung für Rote Flora: AfD fordert Schließung

Die AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft hat erneut die Schließung der Roten Flora gefordert. Das linksautonome Zentrum habe keine Genehmigung als Versammlungsstätte, sagte Fraktionschef Dirk Nockemann zur Begründung. Auf eine Kleine Anfrage Nockemanns hatte der Senat erklärt: „Eine Genehmigung als Versammlungsstätte liegt nicht vor.“ Nockemann kritisierte, dass sich die Betreiber des Zentrums nicht an Regeln halten müssten. Das sei für einen Rechtsstaat inakzeptabel. „Die Rote Flora als Veranstaltungszentrum stellt für alle Besucher eine Gefahr dar und muss endlich geschlossen werden“, forderte der AfD-Politiker.

+++

Hamburger Abendblatt (19.06.2019): Islamische Verbände: Bürgerschaft streitet über Verträge

Bei der von der AfD-Fraktion beantragten Debatte ging es in der Aktuellen Stun-

de um einen angeblichen „Kuschelkurs“ der SPD zu dem vom Verfassungsschutz beobachteten Zentrum. (...) Während die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen sowie die Linke die mit den Verbänden geschlossenen Staatsverträge als Grundlage für eine kritische Zusammenarbeit mit den islamischen Verbänden verteidigten, forderten CDU, FDP und AfD ihre Kündigung. Die AfD warf Rot-Grün ein „unklares Verhältnis zum Islamismus“ vor. Ditib sei der verlängerte Arm der türkischen Regierung und das in der Schura organisierte und vom Verfassungsschutz beobachtete Islamische Zentrum Hamburg agiere klar antisemitisch.

+++

Welt (23.05.2019): Attacken auf mehrere Politiker-Büros

Vor wenigen Tagen hatte ein anonym an die AfD-Bürgerschaftsfraktion gesandter Brief mit weißem Pulver einen Großeinsatz der Feuerwehr in der Hamburger Innenstadt ausgelöst. Die Partei beklagte zudem am Donnerstag, das immer wieder Plakate zerstört werden. Zuletzt wurde eine Zerstörung dieser Art laut AfD sogar von einer Vertreterin der „V-Partei“ im Internet dokumentiert. „Plakatzerstörungen sind kein Kavaliersdelikt, sondern zutiefst undemokratisch und strafrechtlich relevant. Eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung wurde bei der Polizei gestellt“, sagte dazu der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Dirk Nockemann.

+++

Süddeutsche Zeitung (16.05.2019): Schule muss AfD-kritischen aus Internet entfernen

Eine Schule in Hamburg-Schnelsen hat einen Offenen Brief an die AfD-Fraktion von ihrer Internetseite entfernen müssen. Die Veröffentlichung eines Beitrags von Lehrern auf der Homepage verstoße gegen das Neutralitätsgebot, denn eine Schule dürfe als staatliche Organisation keine Meinung vertreten, sagte eine Sprecherin der Schulbehörde am Donnerstag. 120 Lehrer hätten auf der Homepage unter anderem das Meldeportal der AfD zur neutralen Schule kritisiert, moniert die AfD-Fraktion in dem Schreiben. Auf dem Online-Portal bietet die AfD Schülern und Eltern neben Tipps und Informationen zum Neutralitätsgebot an Schulen auch die Möglichkeit, sich über ein Kontaktformular mit ihren Beschwerden an die Fraktion zu wenden.

Berlin-Fahrt zu gewinnen!

**Wie gut kennen Sie
Ihre Hansestadt?**
*Machen Sie mit bei
unserem Hamburg-Quiz!
Zu gewinnen gibt es:*

Eine Fahrt nach Berlin für zwei Personen, inklusive Übernachtung und Essen. Es erwartet Sie ein spannendes und aufregendes Programm mit einer besonderen Überraschung. Schauen Sie hinter die Kulissen der Bundespolitik.

Die richtige Lösung können Sie bequem auf unserer Seite eingeben:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft
Stichwort: Hamburg-Quiz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2019.
Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

1 Eine kleine Hamburger Boulevardzeitung heißt ... ?
Morgenrost | Morgenpost | Morgenprost

2 Wie heißt der bekannte Fernsehturm in St. Pauli?
Tschentscher-Antenne | Fegebank-Schüssel | Heinrich-Hertz-Turm

Auf den Geschmack gekommen?
Interesse geweckt?
Widerspruch erregt?

Mehr Infos zur Arbeit
der AfD-Fraktion
finden Sie hier!



IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31 - 25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

💻 afd-fraktion-hamburg.de

💻 uns-hamburg.de

💻 islamspiegel-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS HAMBURG

HERAUSGEBER AfD-Fraktion in
der Hamburgischen Bürgerschaft,
Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

**VERANTWORTLICH IM SINNE DES
PRESSERECHTS:** Dr. Alexander Wolf

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:
Robert Offermann

TELEFON 040/42831-2518

E-MAIL presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die
Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.
Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken
verwendet werden.